



Vorlage Nr.: 2018/051

09.10.2018

Beschlussvorlage

öffentlich

Beratungsfolge	Berichterstatter	Sitzung am	TOP
Ausschuss für Bildung	FBL B	08.11.2018	3
Sozial- und Gesundheitsausschuss	FBL B	12.11.2018	7
Kreisausschuss	FBL B	20.11.2018	5
Kreistag	FBL B	26.11.2018	7

NRWeltoffen lokale Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Beschlussvorschlag: Der Kreistag beschließt die Antragstellung für die Fortsetzung des Projektes NRWeltoffen. Das Projektvolumen beträgt voraussichtlich 87.500 € pro Jahr mit einem Eigenanteil von 20 %.

Die Umsetzung des Projektes erfolgt auf der Grundlage des als Anlage beigefügten „Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus im Kreis Recklinghausen“.

Darstellung des Sachverhaltes:

Seit dem 01.01.2017 bis Ende 2018 wurde im Kreis Recklinghausen in dem Landesprogramm NRWeltoffen partizipativ, das heißt unter großer Beteiligung der Zivilgesellschaft und organisiert vom Kommunalen Integrationszentrum im Kreis Recklinghausen, in Kooperation mit Re/init e.V., an der Erstellung des Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus im Kreis Recklinghausen gearbeitet (beauftragt durch den Kreistag am 21.11.2016).

Sülberkrüb
Landrat

Butz
Kreisdirektor

Strukturierte Entwicklung des Handlungskonzeptes

Das Handlungskonzept wurde in den folgenden Schritten entwickelt:

1. Analyse zur Ausgangssituation und Ermittlung von Handlungsbedarfen
2. Bestandsanalyse zu vorhandenen Maßnahmen und Aktivitäten gegen Rechts-
extremismus und Rassismus
3. Bestimmung relevanter Handlungsfelder
4. Bestimmung von Zielen sowie Formulierung von Maßnahmen zur Erreichung der
angestrebten Ziele unter Einbeziehung gesellschaftlicher Akteurinnen und Akteu-
re
5. Auswertung und Überarbeitung der Prozessergebnisse

Von Februar bis Juni 2018 fanden insgesamt 5 Demokratie-Zukunftswerkstätten zu folgenden Themen statt:

- Rechtsextreme Haltungen erkennen und ihnen entgegentreten
- Erinnerungspädagogik
- Mit „Hate Speech“ und „Fake News“ umgehen
- Rassismuskritische Primar- und Elementarpädagogik
- institutionelle Diskriminierung

Auf jeder Veranstaltung wurde das jeweilige Thema zunächst von Expertinnen und Experten vorgestellt, bevor dann in thematisch differenzierten Arbeitsgruppen an möglichen Zielen und Handlungsmöglichkeiten des jeweiligen Unterthemas gearbeitet wurde. Auf einer gemeinsamen Abschlussveranstaltung wurden alle Ergebnisse vorgestellt und abschließend kritisch beleuchtet und ergänzt. Vertreten waren die verschiedensten Akteur*innen, unter anderem aus Vereinen, Verbänden, Kirche, Politik, Verwaltung/Polizei und aus weiteren Feldern der Gesellschaft. Insgesamt haben fast 180 Personen an der Entwicklung des Handlungskonzeptes mitgewirkt.

Das daraus entwickelte „Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus im Kreis Recklinghausen“ ist als Anlage beigefügt. Die Benennung von möglichen Zielen, Handlungsoptionen und den passenden Verantwortlichkeiten kann externen Institutionen z.B. als Leitbild dienen.

Finanzierung und Rahmenbedingungen

In der Förderphase 2017 / 2018 hat das Projekt in Kooperation mit RE/init e.V. stattgefunden. Die Leitung und Federführung des Projektes liegt beim Kommunalen Integrationszentrum. Bei RE/init e.V. wurde bisher eine Stelle refinanziert. Aufgrund der engen Abhängigkeit und Verantwortung ist beabsichtigt, in der nächsten Förderphase die durch Projektmittel refinanzierte Stelle nicht mehr bei RE/init e.V. sondern beim Kreis Recklinghausen anzusiedeln.

Folgende Aufgaben müssen vom Kommunalen Integrationszentrum wahrgenommen werden:

- Fortbildungen konzipieren und anbieten
- Netzwerke aufbauen
- Kitas und Schulen sensibilisieren
- Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen organisieren

Antragstellung, Beleglisten, Verwendungsnachweise, Gesamtkoordination und Controlling liegen ebenfalls beim Kommunalen Integrationszentrum.

Am 01.10.2018 hat das Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW den Kreis Recklinghausen informiert, dass das Förderprogramm „NRWeltoffen“ im Jahr 2019 fortgeführt wird. In die Fortsetzung des Programms sollen alle bislang geförderten Kreise und kreisfreien Städte einbezogen werden.

Die weiteren Planungen sehen vor, dass die Landeszentrale für politische Bildung im Oktober die bislang geförderten Kreise und kreisfreien Städte zur Antragstellung für die Fortsetzung der Förderung im nächsten Jahr auffordert.

Die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus geht zudem davon aus, dass sich die Rahmenbedingungen voraussichtlich kaum ändern werden:

- Die Bewilligung wird jährlich ausgesprochen.
- Das Projektvolumen beträgt 87.500 € pro Jahr (70.000 € Fördermittel plus 17.500 € Eigenanteil).
- Die Fördermittel sind für die Umsetzung des erstellten Handlungskonzeptes zu verwenden.
- Für die weitere Umsetzung des Projektes soll mit Stellenplan 2019 eine befristete Stelle bei der Kreisverwaltung Recklinghausen eingerichtet werden.
- Der jährlich zu erbringende Eigenanteil beträgt 17.500 € (= 20%), dieser Eigenanteil wird vermutlich in Form der restlichen Personal- und Sachkosten der beim Kreis anzusiedelnden Stelle erbracht.

Das „Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus im Kreis Recklinghausen“ wird jährlich ca. 3.000 € kosten (ein Gesamtnetworktreffen und 6

Arbeitsgruppen zu je 2 Sitzungen). Diese Kosten z.B. für Honorare werden aus den Projektmitteln finanziert. Das erste Gesamtnetzwerktreffen findet am 10.12.2018 im Kreishaus statt und wird noch über die aktuellen Projektmittel von NRWeltoffen finanziert.

Die Gesamtkoordination des Netzwerkes liegt weiterhin beim Kommunalen Integrationszentrum.